

Antrag 31/I/2020**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schutz des migrantischen Berliner Gewerbes**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie
 2 der Bezirksämter und die sozialdemokratischen Mitglie-
 3 der des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordneten-
 4 versammlungen werden dazu aufgefordert, migrantische
 5 Gewerbe in Berlin zu unterstützen und sie vor Angrif-
 6 fen zu schützen. Dabei muss ein dialogorientierter Ansatz
 7 verfolgt werden, der rechtsstaatlichen Prinzipien und die
 8 Wahrung des respektvollen Umgangs mit den Gewerbe-
 9 treibenden sicherstellt, indem er:
- 10
- 11 • bei Gewerbekontrollen, konsequent das Verhältnis-
 12 mäßigkeitprinzip und das Schikaneverbot beach-
 13 tet, so dass die Ausübung des Gewerbes nicht unver-
 14 hältnismäßig erschwert und der Geschäftsbetrieb
 15 nur so gering wie möglich beeinträchtigt wird;
 - 16 • im Fall der Amtshilfe durch die Polizei bei Gewerbe-
 17 kontrollen sicherstellt, 1) dass die Kund*innen des je-
 18 weiligen Gewerbes nur dann kontrolliert und durch-
 19 sucht werden, wenn es einen konkreten Anlass
 20 gibt und notwendig ist, 2) die Anzahl von teilneh-
 21 menden Polizeikräften weitestmöglich begrenzt so-
 22 wie unverhältnismäßige Schwerbewaffnung ausge-
 23 schlossen wird, 3) Kund*innen nicht festgehalten
 24 und ohne konkreten Anlass kontrolliert werden und
 25 4) der Geschäftsbetrieb durch das Polizeiaufgebot
 26 nicht unmöglich gemacht oder unverhältnismäßig
 27 erschwert wird;
 - 28 • davon absieht, Pressevertreter*innen zu Gewerbe-
 29 kontrollen einzuladen;
 - 30 • Materialien ausarbeitet und aktiv verteilt, die loka-
 31 le Gewerbetreibende mehrsprachig in den Bezirken
 32 über die wichtigsten rechtlichen Regelungen der
 33 Gewerbeordnung aufklärt und mehrsprachig kom-
 34 petente Ansprechpartner*innen benennt;
 - 35 • Mitarbeiter*innen des Ordnungsamts darin schult,
 36 wie Diskriminierung und Racial Profiling im Rahmen
 37 der Ausführung behördlicher Aufgaben verhindert
 38 werden können;
 - 39 • „Clan-Kriminalität“ als Konzept des Racial Profiling
 40 ersatzlos ablehnt;
 - 41 • Die statistische Erfassung der „Clan-Kriminalität“ in
 42 der jetzigen Form aufgibt und Straftaten grundle-
 43 gend unter Berücksichtigung polizeilich notwendi-
 44 ger Kriterien erfassst
 - 45 • Gewerbe vor rassistischen, rechtsextremistischen
 46 und antisemitischen Angriffen schützt;
- 47
- 48 Das Ziel ist, dass die migrantischen Gewerbetreibenden

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Änderung Überschrift:****Schutz des migrantischen Berliner Gewerbes.**

49 und ihre Kund*innen genauso behandelt werden wie alle
50 anderen Berliner Gewerbe und dadurch zu einem gleich-
51 berechtigten Teilhabe und diskriminierungsfreien Klima
52 beigetragen wird.

53

54 **Begründung**

55 Mehr als 175 sogenannte Verbund- oder Schwerpunktein-
56 sätze haben in Neukölln in den Jahren 2018 und 2019
57 stattgefunden. Das vorgehen wird auch auf andere Berli-
58 ner Bezirke ausgeweitet. Bei diesen Einsätzen wurden das
59 Neuköllner Ordnungsamt und andere Behörden bei ihren
60 Gewerbekontrollen im Rahmen der Amtshilfe von häu-
61 fig über hundert, teilweise mit Maschinenpistolen schwer
62 bewaffneten Polizeikräften begleitet.

63

64 Laut Bezirksamt und Polizei sollen bei diesen Einsätzen
65 gleichzeitig Gewerbekontrollen durchgeführt und organi-
66 sierte Kriminalität bekämpft werden. Das führt dazu, dass
67 Gewerbeverstöße behandelt werden wie schwere Ver-
68 brechen. Die Vermischung von gewerblichen Routinekon-
69 trollen mit strafrechtlichen Maßnahmen, die im Rahmen
70 der sogenannten Verbunds- oder Schwerpunktseinsätze
71 passiert, ist rechtsstaatlich problematisch und muss in
72 Zukunft vermieden werden. Bei Gewerbekontrollen darf
73 rechtswidriges Handeln nicht unterstellt werden – son-
74 dern die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Gewerbes soll
75 kontrolliert werden. Bei begründetem Verdacht auf Straf-
76 taten kann die Polizei eigenständig tätig werden, sodass
77 nicht wie derzeit Gewerbekontrollen als Vorwand für Po-
78 lizeirazzien instrumentalisiert werden müssen.

79

80 Die rabiaten Einsätze schaden dem migrantischen Gewer-
81 be durch massive Rufschädigung und Umsatzeinbußen.
82 Und sie sind teuer: Über 46.000 Polizeistunden wurden
83 schätzungsweise in Berlin für die Kontrollen aufgewen-
84 det, was geschätzte Kosten von mindestens 2.300.000,- €
85 verursacht. Im Verhältnis zu Umfang und Kosten sind die
86 Ergebnisse der Einsätze, die angeblich kriminelle Struk-
87 turen oder „Clan-Kriminalität“ bekämpfen sollen, gering.
88 Aber die Erfahrungen von willkürlichen Schließungen,
89 dem gewaltsamen Eindringen von Hundertschaften in
90 Geschäftslokale, dem stundenlangen Festhalten von un-
91 beteiligten Gästen und Massenkontrollen untergraben
92 das Vertrauen der Neuköllner*innen in die Arbeit des
93 Bezirksamter, des Senates und der Polizei. Dass häufig
94 auch die Presse bei den Kontrollen dabei ist und Polizis-
95 ten mit Maschinenpistolen fotografiert, schafft ein Kli-
96 ma der Angst. So entsteht das Bild, dass ganze Bevölke-
97 rungsgruppen und Gewerbezweige kriminell seien. Der
98 Anschlag von Hanau zeigt, wie eine solche Dämonisierung
99 bestimmte Orte und Gruppen zu potenziellen Zielen von
100 rechtem Terror macht. Die Polizei kann bereits ohne Grund
101 Kontrollen und Durchsuchungen an sogenannten „krimi-

102 nalitätsbelastete Orten“ wie z.B. dem Hermannplatz bis
103 hin zum S-Bahnhof Neukölln durchführen. Weitere Kon-
104 trollen müssen deshalb umso mehr verhältnismäßig, fair
105 und verantwortungsvoll sein.

106

107 Mit den willkürlichen Kontrollen werden nicht nur vie-
108 le Geschäfte kaputt gemacht, sondern im Rahmen der
109 „Clan“-Debatte Menschen, die mit Kriminalität nichts zu
110 tun haben, die einen falschen Namen tragen, oder die ein-
111 fach nur als arabisch, türkisch, kurdisch oder migrantisch
112 gelesen werden, unter Generalverdacht gestellt. Das mi-
113 grantische Gewerbe wird außerdem durch die Razzien
114 verdrängt und Berlin weiter gentrifiziert.

115

116 Daher zeigen wir uns solidarisch mit den migranti-
117 schen Gewerbetreibenden in Berlin und unterstützen den
118 Einwohner*innen-Antrag der Initiative ‚Kein Generalver-
119 dacht!‘